

2 Arbeitsweisen der Jugendwohlfahrt in Tirol

Das primäre Ziel der Jugendwohlfahrt ist die Gewährleistung und Sicherstellung des Kindeswohls⁹. Zur Erreichung dieses Ziels muss aus verschiedenen Methoden eine gewählt werden, wobei dabei nur das gelindeste Mittel verwendet und so wenig wie möglich in das Familienleben eingegriffen werden darf.¹⁰

In dieser Arbeit wird nicht auf alle existenten Arbeitsweisen der Jugendwohlfahrt eingegangen. Es werden aber sehr wohl jene genauer beschrieben, welche für das zentrale Thema der Masterarbeit, die Fremdunterbringung von Minderjährigen, relevant sind.

Die Arbeitsweisen der Jugendwohlfahrt unterscheiden sich in geringem Maße von Bezirk zu Bezirk in Tirol. Aus beruflicher Erfahrung können immer wieder verschiedene, aber dennoch sehr ähnliche Herangehensweisen an bestimmte Aufgaben beobachtet werden. Ein wesentlicher Grund hierfür ist das Jugendwohlfahrtsgesetz, welches einen gesetzlichen Rahmen für die Arbeit der Jugendwohlfahrt vorgibt.

Nachfolgender Abschnitt fasst die wesentlichen gesetzlichen Grundlagen prägnant zusammen und gibt somit gleichzeitig Einblick in die verschiedenen Aufgabenbereiche der Jugendwohlfahrt.

Das Jugendwohlfahrtsgesetz wurde während der Fertigstellung dieser Masterarbeit einer Änderung unterzogen, auf welche nicht eingegangen wurde, da Endgestaltung der Masterarbeit und Gesetzesänderung sehr zeitnah waren. Folgende Ausführungen beziehen sich daher auf, zur Zeit der Entstehung der Masterarbeit, aktuelle Gesetzesgrundlagen.

⁹ der Begriff Kindeswohls wird in Abschnitt 2.3 näher erläutert

¹⁰ vgl. TJWG idgF von 2002, §2

2.1 Gesetzliche Grundlagen

Die Aufgaben der Jugendwohlfahrt in Tirol sind gesetzlich festgelegt und geregelt. Dabei gilt es zu beachten, dass das Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) von 1989 als Bundesgesetz für ganz Österreich gilt und jedes Bundesland unter Beachtung des Bundesgesetzes ein detailliertes Landesgesetz entwickelte. Dieses dient als Ausführungsgesetz und darf in seinen Bestimmungen dem Bundesgesetz nicht widersprechen. Das Tiroler Jugendwohlfahrtsgesetz 2002 (TJWG 2002) wurde am 9. April 2002 wieder verlautbart und seitdem immer wieder modifiziert und adaptiert.

Im Folgenden wird auf die gesetzlich festgelegten allgemeinen Aufgaben der Jugendwohlfahrt, sowie im weiteren Verlauf explizit auf die rechtlichen Aspekte der *Unterstützung der Erziehung* eingegangen. Dabei wird vor allem das Tiroler Jugendwohlfahrtsgesetz und nicht das Bundesgesetz als Grundlage verwendet, da dieses detaillierter und ausführlicher Auskunft gibt über die Bestimmungen für die Arbeit der Jugendwohlfahrt in Tirol.

2.1.1 Allgemeine Aufgaben

Wie bereits erwähnt, hat die Jugendwohlfahrt das Wohl des Kindes zu gewährleisten. Im Tiroler Jugendwohlfahrtsgesetz wird dies im ersten Abschnitt zu Beginn genauer erläutert. Die Entwicklung Minderjähriger soll durch eine Erziehung sichergestellt werden, welche auf die Individualität des Einzelnen Rücksicht nimmt und Eigenverantwortlichkeit fördert. Die Jugendwohlfahrt soll durch verschiedene Methoden wie Beratung, Betreuung, Gewährung von Hilfestellungen und anderes, eine solche Erziehung ermöglichen, wenn die Erziehungsberechtigten dazu ohne Hilfe nicht in der Lage sind. Dabei gilt dies für werdende Mütter und Väter genauso wie für Minderjährige und deren Eltern,¹¹ wenn sich ihr gewöhnlicher Aufenthalt in Tirol befindet.¹² In Ausnahmefällen können Maßnahmen der Jugendwohlfahrt auch über die Volljährigkeit hinaus gewährt werden, wenn dies zum Wohle der betroffenen Person erforderlich ist.¹³

¹¹ vgl. TJWG idgF von 2002, §1

¹² vgl. ebd. §4

¹³ vgl. ebd. §1

In Tirol gibt es neun Verwaltungsbezirke mit Bezirkshauptmannschaften. In jeder Bezirkshauptmannschaft findet man auch eine Jugendwohlfahrtsbehörde; außerdem gibt es das Stadtjugendamt in Innsbruck. Welche Jugendwohlfahrtsbehörde im einzelnen Fall zuständig ist, hängt dem Gesetz nach vom Wohnort laut Melderegister des/der Minderjährigen ab. Bei Gefahr in Verzug¹⁴ hat jene Jugendwohlfahrtsbehörde zu handeln, in deren Bezirk das Begegnis sich ereignet hat. Im weiteren Verlauf wird der Heimatbezirk der Erziehungsberechtigten des/der betroffenen Minderjährigen zuständig.¹⁵

Bei Tätigwerden der Jugendwohlfahrt ist vor allem zu beachten, dass angewandte Methoden und Arbeitsweisen so wenig als möglich in das Familienleben oder in ein familienähnliches Zusammenleben eingreifen, was als die Anwendung des „gelindesten Mittels“ bezeichnet wird. Die Familie soll nach Möglichkeit als Ganzes erhalten bleiben und mit Hilfe der Jugendwohlfahrt eigenverantwortlich die Aufgaben einer „gewaltlosen Erziehung“ selbst erfüllen und wahrnehmen. Zudem hat die Jugendwohlfahrt bei der Wahl der Methoden auf individuelle Entwicklungsmöglichkeiten, der Sprachzugehörigkeit, sowie jeweilige Lebensverhältnisse der Minderjährigen Rücksicht zu nehmen.¹⁶

Die Jugendwohlfahrt hat auch die Aufgabe stationäre Einrichtungen für den Zweck der dauerhaften Aufnahme von Minderjährigen zu errichten und zu betreiben.¹⁷

Das fachlich ausgebildete und geeignete Personal der Jugendwohlfahrt¹⁸, zumeist Sozialarbeiter/innen, ist zur Verschwiegenheit über alle ihm aus der Tätigkeit bekannt gewordenen Gegebenheiten verpflichtet, wenn daran ein „schutzwürdiges Interesse“ der Betroffenen besteht.¹⁹

Auch gilt es Fortbildungen zur Vertiefung und Weiterbildung des Wissens und der eigenen Kompetenz zu besuchen. Supervision durch eine dafür geeignete Person soll dem Austausch und der Verarbeitung beruflicher Themen und Vorkommnissen dienen.²⁰

¹⁴ wird in Abschnitt 3.2 näher erläutert

¹⁵ vgl. TJWG idgF von 2002, §32

¹⁶ vgl. ebd. §2

¹⁷ vgl. ebd. §6

¹⁸ vgl. ebd. §8

¹⁹ vgl. ebd. §7

²⁰ vgl. ebd. §8

Gelangt eine Meldung über Gefährdung des Kindeswohls etwa durch Vernachlässigung, Misshandlung, (sexuellen) Missbrauch oder sonstigem bei der Jugendwohlfahrt ein, so ist es die Aufgabe der dort tätigen Mitarbeiter/innen diese Meldung auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen und anschließend Schritte zu planen und durchzuführen, welche zur Besserung/Beseitigung der Situation beitragen sollen. Alle unternommen Handlungen müssen chronologisch dokumentiert werden.²¹

Außerdem obliegt der Jugendwohlfahrt die Organisation und Abwicklung von Pflegeverhältnissen in Pflegefamilien²² sowie der „Vermittlung der Annahme an Kindes Statt“, worunter man eine Adoption versteht.²³ Auch Bewilligungen für „sozialpädagogische Einrichtungen und sonstige Einrichtungen für Minderjährige“ werden nach jährlicher Überprüfung erteilt bzw. entzogen. Die Jugendwohlfahrt ist dafür verantwortlich, dass das Wohl der Kinder und Jugendlichen während ihres Aufenthalts in diesen Einrichtungen gewährleistet ist.²⁴

Die Handlungsmöglichkeiten der Jugendwohlfahrt zur Hilfestellung von Familien und Sicherung des Kindeswohls werden gesetzlich unter dem Begriff „Hilfen zur Erziehung“ zusammengefasst. Im nächsten Teil dieser Masterarbeit soll explizit auf diesen Abschnitt des Tiroler Jugendwohlfahrtsgesetzes eingegangen werden.

2.1.2 Hilfen zur Erziehung

Sind Erziehungsberechtigte oder sonstige Personen, welche mit der Pflege und Erziehung von Minderjährigen betraut sind, nicht (mehr) in der Lage das Wohl dieser Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten, ist es Aufgabe der Jugendwohlfahrt tätig zu werden und die Familie dahingehend zu unterstützen, dass das Kindeswohl wieder sichergestellt werden kann. Im Rahmen dieser Aufgabe ist unter dem Begriff „Hilfen zur Erziehung“ gesetzlich festgelegt welche Möglichkeiten die Jugendwohlfahrt hierfür hat. *Hilfen zur Erziehung* beinhaltet die „Unterstützung der Erziehung“ sowie „Volle Erziehung“. Diese Maßnahmen können entweder mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten als freiwillige Hilfen oder gegen deren Willen durchgeführt werden.

²¹ vgl. TJWG idgF von 2002, §7a

²² vgl. ebd. Abschnitt 4

²³ vgl. ebd. Abschnitt 6

²⁴ vgl. ebd. Abschnitt 7

Wie bereits beschrieben, ist darauf zu achten, dass immer das „gelindeste, noch zum Ziel führende“ Mittel angewendet werden muss. Dies bedeutet, dass so wenig wie möglich in die Familie eingegriffen werden soll, um das Wohl des Kindes zu sichern.²⁵ Stimmen Erziehungsberechtigte den *Hilfen der Erziehung* durch die Jugendwohlfahrt nicht zu, können diese auch durch eine gerichtliche Entscheidung gewährt werden. Wenn es die Umstände erfordern, muss die Art der *Hilfe der Erziehung* geändert beziehungsweise gegebenenfalls auch aufgehoben werden.²⁶

Um ein besseres Verständnis für die Unterscheidung der *Hilfen der Erziehung* in *Unterstützung der Erziehung* und *Volle Erziehung* zu bekommen, werden diese beiden Punkte im Folgenden näher betrachtet und beschrieben.

2.1.2.1 Unterstützung der Erziehung

Bei der *Unterstützung der Erziehung* handelt es sich in erster Linie um eine Art Beihilfe für die Erziehungsberechtigten, um eine „*sachgemäße und verantwortungsbewusste Erziehung ... zu fördern.*“²⁷ Dies kann durch beratende Gespräche mit den Betroffenen wie auch durch Förderung der Erziehungskompetenzen und/oder der Entwicklung der Minderjährigen erfolgen. Die Durchführung dieser Maßnahmen obliegt in erster Linie speziell hierfür errichteten Einrichtungen, welche von der Jugendwohlfahrt herangezogen werden.²⁸ Unter Punkt 2.3.2 *Möglichkeiten der Jugendwohlfahrt*, werden diese Einrichtungen näher betrachtet und beschrieben.

2.1.2.2 Volle Erziehung

Reichen die Maßnahmen der *Unterstützung der Erziehung* nicht aus um das Kindeswohl zu gewährleisten, ist die *volle Erziehung* einzuräumen. Die bedeutet, dass Minderjährige in familienähnlichen/sozialpädagogischen Einrichtungen, in einem Familienverband, in betreutem Wohnen oder anderen Einrichtungen untergebracht werden, welche folglich mit Pflege und Erziehung des/der Minderjährigen betraut werden.²⁹

Die von der Jugendwohlfahrt initiierte *volle Erziehung* erfolgt im Rahmen der Fremdunterbringung. Aufgrund des thematischen Schwerpunkts dieser Masterarbeit soll in Abschnitt 3. *Volle Erziehung* noch einmal explizit darauf eingegangen werden.

²⁵ vgl. TJWG idgF von 2002, §12

²⁶ vgl. ebd. §15

²⁷ ebd. §13

²⁸ vgl. ebd. §13

²⁹ vgl. ebd. §14

Eben dargestellte Punkte stellen die legislative Grundlage der Arbeitsweisen der Jugendwohlfahrt dar. Im Weiteren werden die praktischen Arbeitsweisen der Mitarbeiter/innen der Jugendwohlfahrt beschrieben. Dabei wird das Hauptaugenmerk auf das Vorgehen bei der Installation der *Hilfen der Erziehung*, beginnend mit Kontaktherstellung mit Klient/innen bis hin zur Fremdunterbringung, gelegt. Somit werden zwar andere Aufgaben der Jugendwohlfahrtsmitarbeiter/innen wie Stellungnahmen, Überprüfungen von Pflegefamilien und Tagesmüttern sowie anderes in dieser Masterarbeit außer Acht gelassen, jedoch würde die Beschreibung aller Tätigkeiten den vorgegeben Rahmen überschreiten. Weiters muss erwähnt werden, dass die Arbeitsweisen der Jugendwohlfahrtsmitarbeiter/innen kaum schriftlich dokumentiert sind und sich folgende Ausführungen somit hauptsächlich auf eigene berufliche Erfahrungen sowie auf Informations- und Austauschgespräche mit Mitarbeiter/innen der Jugendwohlfahrt als Expert/innen, sowie auf den online gestellten Produktplan der Jugendwohlfahrt Kufstein beziehen.³⁰

2.2 Kontaktherstellung mit Klient/innen

Es gibt verschiedene Möglichkeiten wie Sozialarbeiter/innen mit ihren Klient/innen in Kontakt treten. Die häufigste Art der Kontaktaufnahme geschieht aufgrund von Gefährdungsmeldung durch andere Personen. Diese Meldungen können durch Privatpersonen offiziell als auch anonym erfolgen. Es besteht jedoch eine gesetzliche verankerte „Mitteilungspflicht“ für bestimmte Berufsgruppen und Personen. Diese gilt zum Beispiel für Mitarbeiter/innen von Schulen, Kindergärten, Horten und sonstigen Einrichtungen welche Minderjährige beaufsichtigen, betreuen oder unterrichten. Aber auch mit der öffentlichen Aufsicht betraute Personen oder Behörden sind verpflichtet eine Meldung bei der Jugendwohlfahrt zu machen, wenn der Verdacht besteht, dass ein Kind in seinem Wohle gefährdet ist. Ebenso Ärzte/innen oder andere im medizinischen Bereich tätige Menschen, sind zur Erstattung einer Meldung verpflichtet und somit von ihrer beruflichen Schweigepflicht befreit, wenn der Verdacht auf Kindeswohlgefährdung besteht und diese dadurch künftig verhindert werden kann.³¹

Kommt es zu einer Meldung über den Verdacht einer Kindeswohlgefährdung, ist diese in jedem Fall durch Sozialarbeiter/innen der Jugendwohlfahrt zu überprüfen.³² Es muss

³⁰ vgl. Land Tirol: Produktplan Jugendwohlfahrt Kufstein 2003, pdf

³¹ vgl. JWG idgF von 1989, §37

³² vgl. TJWG idgF von 2002, §7a

dabei abgewogen werden wie dringend eine Überprüfung notwendig scheint. Somit entsteht ein Erstkontakt mit einer Familie. In weiterer Folge wird entschieden ob und welche Handlungsschritte geplant und durchgeführt werden müssen.

Es werden auch alle polizeilichen Anzeigen sowie Wegweisungen oder Streitschlichtungen durch die Polizei an die Jugendwohlfahrt weitergeleitet, wenn davon auch Minderjährige unmittelbar betroffen sind. Diese gelten ebenfalls als Gefährdungsmeldungen wodurch eine Abklärung der Situation notwendig wird.

In seltenen Fällen wenden sich Familien oder einzelne Personen, mit unter auch Jugendliche, selbständig an die Jugendwohlfahrt und erbitten Hilfe.

2.3 Situationserhebung und weitere Vorgehensweise

Unter der Situationserhebung versteht man das Einschätzen der Situation durch die Sozialarbeiter/innen der Jugendwohlfahrt. Dafür wird im Vorfeld versucht, von Melder/innen wichtige Informationen zu erhalten. Zum Beispiel wie oft ein Kindeswohlgefährdender Zustand beobachtet werden konnte, was genau passiert ist, ob diese Aussagen auf eigene Beobachtungen beruhen und so weiter. Diese Punkte sind auch auf der formalen Vorlage einer Gefährdungsmeldung festgehalten.

Meist erfolgt eine Gefährdungsabklärung in Form eines Hausbesuches, je nach Inhalt der Meldung unangekündigt oder nach Terminvereinbarung. Manchmal reicht es auch aus, die betroffenen Personen zu einem Gespräch in die Verwaltungsbehörde zu bitten. Die Betroffenen werden über die Meldung informiert und dazu befragt. Erfolgte diese anonym, werden keine Namen oder Daten über den/die Melder/in genannt. Es werden Eindrücke gesammelt und Informationen eingeholt (mitunter auch von Schule / Kindergarten / andere Betreuungs- bzw. Bezugspersonen), auf deren Grundlage eine Einschätzung getroffen werden muss, in wie weit eine Kindeswohlgefährdung vorliegt.

Aufgrund dieser Einschätzung muss dann in weiterer Folge entschieden werden, ob und wie der Familie geholfen werden kann beziehungsweise muss. Erweist sich eine Meldung als falsch oder kann zumindest keine Gefährdung festgestellt werden, wird der Familie dennoch angeboten sich bei Bedarf zu melden. Erkennen die Sozialarbeiter/innen jedoch einen Handlungsbedarf, wird überlegt, welche Maßnahme der Familie und der zugrunde liegenden Sachlage entspricht, am gelindesten ist und einer Verbesserung der Situation dient. Dazu bedarf es häufig mehrerer Kontakte um die Familie besser kennen zu lernen. Bei „Gefahr in Verzug“ kann es zu einem Kriseneinsatz mit sofortigem Handlungsbedarf kommen. Dieser Begriff stellt einen wesentlichen Aspekt im Rahmen der vollen Erziehung dar und wird daher in Punkt 3 genauer erläutert.

Im Folgenden wird näher auf den Begriff der Kindeswohlgefährdung eingegangen, um ein Verständnis dafür zu bekommen, nach welchen Aspekten Jugendwohlfahrtssozialarbeiter/innen ihre Vorgehensweise und Methoden wählen.

2.3.1 Kindeswohlgefährdung

Der Begriff Kindeswohl und dessen Gefährdung beziehungsweise Gewährleistung sind Kernpunkt der Arbeit in der Jugendwohlfahrt. Dennoch ist dieser Begriff gerade im Rechtsbereich nur schwankend definiert und nicht präzise beschrieben. Zwar findet er sich in sämtlichen Paragraphen des Jugendwohlfahrts- und Familienrechts wieder, jedoch ohne genaue Definition. Lediglich §178a ABGB nennt einige Aspekte, welche helfen den Begriff zu konkretisieren:

„§178a ABGB Berücksichtigung des Kindeswohls:

Bei Beurteilung des Kindeswohls sind die Persönlichkeit des Kindes und seine Bedürfnisse, besonders seine Anlagen und Fähigkeiten, Neigungen und Entwicklungsmöglichkeiten, sowie die Lebensverhältnisse der Eltern entsprechend zu berücksichtigen.“³³

Dies bedeutet, dass bei der Einschätzung des Kindeswohls, immer auf die Individualität eines jeden Kindes, auf sein Umfeld und seine Familie geachtet werden muss.

³³ Jusline Österreich, §178a ABGB

Aus fachlicher Richtung versuchte sich eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Praktiker/innen der Jugendwohlfahrt, eine Checkliste zu erstellen, welche es erleichtern soll, das Kindeswohl individuell zu überprüfen. Es wurden fünf Standards beschrieben, welche je mit eigenen „Indikatoren“ ausgestattet wurden. Diese sollen dabei helfen zu beurteilen, ob die angegebenen Richtmaße erfüllt werden oder nicht und anschließend an diese Beurteilung soll dadurch entschieden werden, ob eine Kindeswohlgefährdung vorliegt.³⁴

Für ein besseres Verständnis werden im Folgenden die einzelnen Standards wörtlich aus der „Checkliste Kindeswohl“ übernommen und kurz aufgelistet, jedoch nicht näher beschrieben.

1. Die Befriedigung der physisch-materiellen Grundbedürfnisse der Familienmitglieder ist sichergestellt.

2. Die Familienmitglieder sind in der Lage, förderliche Beziehungen zu entwickeln und zu leben.

3. Das Kind kann seine physischen, emotionalen, kognitiven und sozialen Fähigkeiten altersgemäß entwickeln.

4. Die erziehenden Personen verfügen über ausreichend Handlungskompetenz zur Bewältigung des Alltags.

5. Die erziehenden Personen nehmen für die Kinder ausreichend Verantwortung wahr.³⁵

Diese Checkliste soll der Arbeitsgruppe zufolge lediglich helfen einen Überblick über die Situation einer Familie beziehungsweise eines Kindes zu erhalten und kann nicht zur Erstellung einer Diagnose verwendet werden. Es gibt bei der Überprüfung dieser Standards keine zu erreichende Punktezahl welche die Sicherheit gibt, dass keine Kindeswohlgefährdung vorliegt. Wohl aber kann die Anwendung dieser Checkliste eine einseitige Einschätzung vermeiden und den Blick für das ganze (Familien-)System öffnen.³⁶

³⁴ vgl. Amt der Tiroler Landesregierung 2002, S.2-8

³⁵ Amt der Tiroler Landesregierung 2002, S.8-9

³⁶ vgl. ebd. S.4

Aus beruflicher Erfahrung wie auch aus theoretischer Auseinandersetzung mit dem Thema Kindeswohlgefährdung, lässt sich beobachten, dass bei jeder Gefährdungsabklärung subjektive Ein- und Vorstellungen sowie eigene Erlebnisse, immer auch einen wesentlichen Teil zur Beurteilung der Situation beitragen. Daher wird es als umso wichtiger erachtet, dass Sozialarbeiter/innen der Jugendwohlfahrt sich ständig mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen, dem gesellschaftlichen Wandel, kulturellen Gegebenheiten sowie Weiterbildung in fachlicher Hinsicht, auseinander setzen. Supervisionen sowie Fallbesprechungen mit Kolleg/innen beziehungsweise Vorgesetzten, gewinnen durch diese Tatsache vermehrt an Bedeutung und Wichtigkeit.

Endet eine Gefährdungsabklärung mit der Feststellung, dass eine Kindeswohlgefährdung vorliegt, muss zusätzlich noch abgewogen werden, wie dringend der Handlungsbedarf ist. Darauf beruht die Entscheidung welche Methoden der Jugendwohlfahrtssozialarbeit angewendet werden. Zur Verfügung stehende Möglichkeiten der Sozialarbeiter/innen werden im nächsten Abschnitt genauer erklärt.

2.3.2 Möglichkeiten der Jugendwohlfahrt

Wird im Rahmen der Gefährdungsabklärung ein weiterer Handlungsbedarf für die Jugendwohlfahrt erkannt, muss erörtert werden, welche Hilfemaßnahme im individuellen Fall eingesetzt werden soll. Dabei kann die Jugendwohlfahrt auf mehrere Möglichkeiten zurückgreifen. Zum Einen können Angebote sozialer Dienste in Anspruch genommen werden, ohne diesen einen Auftrag zu erteilen. Dies stellt die überhaupt gelindeste Maßnahme dar. Betroffene Personen werden hierbei an verschiedene Beratungsstellen weitervermittelt, mit der Absicht, dass ihnen dort zum Beispiel bei Erziehungsfragen, Meinungsverschiedenheiten zwischen Minderjährigen und Eltern, Familienproblemen und anderen Schwierigkeiten, geholfen wird. Das Aufsuchen dieser Beratungsstellen ist dabei eine freiwillige Angelegenheit und wird nur selten auferlegt, was jedoch auch möglich wäre.

Fremdunterbringung durch die Jugendwohlfahrt
Einschätzungen aus der Sicht von heute erwachsenen
Betroffenen

Neuner, J.

2014, XIII, 111 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-04531-9